

Der Staat hat vielfältige öffentliche Aufgaben. Er finanziert Schulen, Polizei und Bundeswehr, aber auch Umschulungen für Arbeitslose, das Elterngeld und andere Aktivitäten, die den Bürgerinnen und Bürgern oder der Wirtschaft zugute kommen. Diese staatlichen Leistungen und die damit verbundenen Ausgaben sind in den letzten Jahrzehnten immer mehr gewachsen. Weil die Einnahmen sich nicht in dem erforderlichen Maße mit entwickelten, führte dies zu einer großen Lücke zwischen den Einnahmen des Staates (hauptsächlich aus Steuern) und den Ausgaben.

Der Bundeshaushalt

Den größten Teil seiner Einnahmen gibt der Bund für die soziale Sicherung aus: Die Ausgaben für Rente, Arbeitsmarkt und sonstige soziale Ausgaben machen über die Hälfte des Bundeshaushalts aus. Jeden sechsten Euro zahlt der Bund für Zinsen.

Haushaltsangaben		Ausgaben 2007	
(in Milliarden Euro)		(in Milliarden Euro)	
Ausgaben	270,5		
– davon Investitionen	24,0	78,3	Leistungen an die Rentenversicherung
		42,9	Arbeitsmarktpolitik
Einnahmen	270,5	39,3	Zinsen
– Steuereinnahmen	220,5	24,1	Verteidigung
– Sonstige Einnahmen	30,4	13,2	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kultur
– Nettokreditaufnahme		11,0	Verkehr und Nachrichtenwesen
(auch: Neuverschuldung) 19,6		6,1	Wirtschaftsförderung
		4,3	Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit
		3,0	Innere
		0,9	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung
		47,4	Sonstige

Quelle:
Bundesfinanzministerium 2007

Wichtig: Mehr Investitionen

Die Bundesregierung muss weiterhin sparen. Die Neuverschuldung soll bis 2011 schrittweise verringert werden, um dann mit dem Schuldenabbau zu beginnen. Trotz des Sparkurses investiert der Bund in Zukunftsfelder: Bis zum Jahr 2009 fließen 25 Milliarden Euro zusätzlich in mittelständische Unternehmen, Forschung, Verkehr, Familienpolitik und private Haushalte als Arbeitgeber. Ziel ist es, Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft langfristig zu sichern und mehr Geld für Aufgaben, die die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft bestimmen, einzusetzen.

Das Prinzip Public Private Partnership

Wenn es um Investitionen in Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen geht, gewinnen Public Private Partnerships (öffentlich-private Partnerschaften, auch: PPP) an Bedeutung. Bund, Länder und Gemeinden setzen immer stärker auf neue Bündnisse mit privaten Firmen, die öffentliche Aufgaben übernehmen. Die Firmen planen und bauen beispielsweise eine Straße, Schule oder Kindertagesstätte. Anschließend beziehen sie in der Regel über mehrere Jahre eine Nutzungsgebühr vom Auftraggeber. In vielen Fällen ermöglicht PPP, öffentliche Aufgaben effizienter, schneller und kostengünstiger durchzuführen.

Beispiel Stadtverwaltung

In Gladbeck hat ein privater Baukonzern Planung, Bau und Finanzierung des neuen Rathauses übernommen ebenso wie den Betrieb des Gebäudes (Instandhaltung, Energieversorgung) für 25 Jahre. Die Stadt hätte für ein eigenes Rathaus monatlich 184.830 Euro aufbringen müssen – das Unterneh-

men machte ein Angebot für 147.000 Euro im Monat plus Preissteigerung im Zuge der Inflation. Der private Investor habe einen Effizienzvorteil von 14 Prozent, so Amtsleiter Schlüter. Die Baufirma sei ein Weltkonzern, der auf der Einkaufseite ganz andere Preise bekomme als die kleine Stadt Gladbeck. Außerdem gelten für das Unternehmen andere Tarifverträge, das drücke die Lohnsumme.

(Nach: Anselm Waldermann: Die Rathaus GmbH, www.spiegel.de, 28.1.2007)

Beispiel Justizvollzugsanstalt

In der neuen Justizvollzugsanstalt Hünfeld des Landes Hessen arbeiten neben 115 staatlichen Bediensteten auch 102 Mitarbeiter eines britischen Konzerns. Die Verwaltung, Gebäudereinigung, Verpflegung, medizinische und psychologische Betreuung der Häftlinge und die Video-Überwachung hat die private Firma zu einem großen Teil übernommen. Die Maßregelung der Gefangenen und die Zellschlüssel bleiben allerdings in den Händen der staatlichen Kollegen. 660.000 Euro im Jahr werden so gespart. Gewerkschaften sehen die Kooperation kritisch und befürchten, dass die Privaten mit über die Verschärfung oder Lockerung der Haftbedingungen entscheiden.

(Nach: Ole Reißmann: Private Gefängnisse: „Die ziehen die Schrauben ganz schön an“, www.spiegel.de, 31.1.2007)

Beispiel Bundeswehr

Das bundes- und europaweit größte PPP-Projekt heißt nicht umsonst „Herkules“: Die gesamte Informationstechnik der Bundeswehr, verteilt über rund 1.500 Standorte, soll in den nächsten zehn Jahren für rund sieben Milliarden Euro modernisiert werden. Ziel ist ein einheitliches, vernetztes Telefon- und Computersystem für Heer, Luftwaffe und Marine. Es geht um rund 140.000 PCs, 7.000 Großrechner, 300.000 Telefonanschlüsse und 15.000 Handys sowie das Management der lokalen und überregionalen Daten- und Kommunikationsnetze. „Wir kommen mit der Reform unserer Informationstechnik aus der Steinzeit ins 21. Jahrhundert“, so die Bundeswehr. An der gemeinsamen Betreibergesellschaft sind der Bund mit 49,9 Prozent und die Industrie mit 50,1 Prozent beteiligt.

(Nach: www.bundeswehr.de, Bundeswehr plant Marsch ins aktuelle Jahrhundert, www.spiegel.de, 28. November 2006)

[Aufgaben]

1. Für welche öffentlichen Aufgaben gibt der Bund das meiste Geld aus? Lesen Sie im Schülerheft Finanzen und Steuern, Seite 18, nach und nennen Sie Gründe für diese Entwicklung.
2. In welchem prozentualen Verhältnis stehen die Investitionen zu den übrigen Ausgaben im Bundeshaushalt? Diskutieren Sie die Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft.
3. Erklären Sie das Prinzip Private Public Partnership. Welche Chancen und Risiken sehen Sie für die öffentlichen Institutionen, die privaten Unternehmen und die Bürger?
4. Welche öffentlichen Aufgaben eigenen sich Ihrer Meinung nach für PPP und welche nicht? Diskutieren Sie diese Frage mithilfe der im Text genannten Beispiele.

[Infos im Internet]

- Informationen des Bundesverkehrsministerium zu PPP: www.bmvbs.de
- Unterrichtsmaterial: www.handelsblattmachtschule.de